

## D2 Keine fossilen Überkapazitäten schaffen

Antragsteller\*in: Knut Jondral (KV Mecklenburgische Seenplatte)

Tagesordnungspunkt: 2.10. Abstimmung über Dringlichkeitsanträge

### Antragstext

- 1 I. Der Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt fest:
  - 2 1. Ein weiteres Flüssigerdgasterminal vor der Küste Mecklenburg-Vorpommerns ist
  - 3 für die Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit nicht erforderlich.
  - 4 2. Eine weitere Erdgaspipeline im Küstenmeer vor Rügen behindert die Umsetzung
  - 5 zentraler Vorhaben der Energiewende, insbesondere des Offshore Windparks
  - 6 „Windanker“, der immerhin etwa 10% der gesamten Windenergie in der Ostsee
  - 7 ausmacht.
  - 8 3. Ein weiteres Flüssigerdgasterminal vor der Küste Mecklenburg-Vorpommerns und
  - 9 der damit verbundene Pipelineneubau würden eine unverhältnismäßige zusätzliche
  - 10 Schädigung der Ökosysteme der NATURA-2000- und FFH-Schutzgebiete im Greifswalder
  - 11 Bodden und der westlichen Pommerschen Bucht mit sich bringen.
  - 12 4. Ein weiteres Flüssigerdgasterminal vor der Küste Mecklenburg-Vorpommerns
  - 13 würde wegen der damit zusammenhängenden Lärm-, Sicht- und Vibrationsemissionen
  - 14 massive Beeinträchtigungen für Menschen, Wirtschaft und Tourismus mit sich
  - 15 bringen.
- 16 II. Der Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern lehnt die
- 17 aktuellen Pläne zum Bau eines weiteren Flüssigerdgas-Terminals vor der Küste
- 18 Mecklenburg-Vorpommerns ab. Der Landesverband begrüßt die Aktivitäten der
- 19 BÜNDNISGRÜNEN Parteigliederungen und Fraktionen in Mecklenburg-Vorpommern zu
- 20 diesem Thema und spricht sich dafür aus, diese fortzusetzen. Der Landesverband
- 21 fordert die Landesregierung dazu auf, sich gegen das geplante Terminal zu
- 22 positionieren und sich mit allen Kräften gegen die Realisierung dieses Vorhabens
- 23 einzusetzen.

### Begründung

Der Beginn des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine markiert eine Zäsur im System der deutschen und europäischen Energieversorgung. Aufgrund der verfehlten Energiepolitik der letzten Jahrzehnte stehen wir in Deutschland und Europa vor enormen Herausforderungen. Dennoch ist es der Bundesregierung gelungen, die Gas- und Energieversorgung der letzten Monate auf ein sicheres Fundament zu stellen. Dabei ist speziell das konsequente und zielführende Handeln des Bundeswirtschaftsministers Habeck hervorzuheben, das zur Vermeidung einer Energieversorgungslücke entscheidend beigetragen hat. Zu diesen Entscheidungen bekennen wir uns.

Unter der Überschrift der Energiesicherheit treibt die Bundesregierung auch den Bau zahlreicher Flüssigerdgas-Terminals voran. Neben den Projekten in Wilhelmshaven, Brunsbüttel, Stade und Lubmin laufen seit einiger Zeit Planungen für ein weiteres Terminal zur Anlandung von Flüssigerdgas (LNG) in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei stehen vor allem Standorte vor oder auf Rügen im Fokus.

Wir halten diese Pläne für falsch. Durch den Bau eines zusätzlichen Flüssigerdgas-Terminals in der Ostsee entstehen erhebliche Überkapazitäten für den Import von Erdgas. Bis heute konnte nicht

überzeugend und transparent sowie unter Berücksichtigung von – sich noch in der Entstehung befindlichen - Importkapazitäten von LNG in anderen europäischen Staaten die Notwendigkeit dieser zusätzlichen Kapazitäten dargelegt werden. Außerdem ist fraglich, ob ein weiteres Erdgas-Terminal in der Ostsee bereits kurzfristig einen Beitrag leisten kann. Laut den Zahlen des Bundes ist das Jahr 2023 bei der Gasversorgung besonders knapp, danach soll sich die Lage deutlich entspannen. Es erscheint jedoch höchst fraglich, ob das Terminal bis Ende diesen Jahres fertiggestellt werden könnte. In Anbetracht der enormen Investitionskosten seitens des Bundes und der langen Laufzeit des Projektes besteht die Gefahr einer Fehlinvestition, die darüber hinaus durch Lock-in-Effekte und Pfadabhängigkeiten eine erfolgreiche Energiewende und die Abkehr von der Nutzung fossiler Brennstoffe ausbremst und stattdessen fossile Infrastruktur zementiert.

Die entstehenden Überkapazitäten stehen zudem in keinem Verhältnis zu den negativen Folgen des Terminalbaus. Durch das Projekt eines weiteren LNG-Terminals ist zu befürchten, dass der ohnehin rückgängige Heringsbestand und die davon abhängige Küstenfischerei akut gefährdet werden.

Klar hervorgehoben werden muss auch: Der Bau eines Flüssigerdgasterminals am Standort Rügen steht ganz konkret in Konflikt mit der Energiewende. Vor der Küste Rügens befinden sich umfangreiche Projekte für Offshore-Windparks in Bau oder in Planung. Die erforderliche Anbindung der Windparks an das Stromnetz nach Lubmin würde – zusammen mit der Verlegung einer Erdgaspipeline – an der Boddenrandschwelle eine kumulative Beeinträchtigung darstellen, was zu massiven Problemen bei der Genehmigung des Offshore-Wind-Projektes und zu erheblichen Mehrkosten für den Projektträger führen könnte. Vor diesem Hintergrund steht ein Flüssigerdgas-Terminal vor Rügen in eklatantem Widerspruch zur dringend notwendigen Energiewende und zum Aufbau einer nachhaltigen und unabhängigen Energieinfrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern.

## Unterstützer\*innen

Anna Mariella Pulvermüller (KV Vorpommern-Rügen); Paul Benduhn (KV Vorpommern-Rügen); Kira Wisnewski (KV Vorpommern-Greifswald); Alexander Schröder (KV Nordwestmecklenburg); Nils Bayer (KV Mecklenburgische Seenplatte); Jonathan Pritzlaff (KV Vorpommern-Greifswald); Alexander Schröder (KV Nordwestmecklenburg); Nele Schwarten (KV Vorpommern-Greifswald); Jutta Wegner (KV Mecklenburgische Seenplatte); Tobias Krug (KV Rostock); Claudia Tamm (KV Nordwestmecklenburg); Marceline Amethyst Pashchenko (KV Schwerin); Ilja Baldauf (KV Schwerin); Ayla-Emma Askin (KV Vorpommern-Greifswald); Henryk Henning (KV Vorpommern-Greifswald); Tjaard Behrens (KV Rostock); Ann-Kathrin Heinritz (KV Mecklenburgische Seenplatte); Paula Hahn (KV Mecklenburgische Seenplatte); Chiara Beer (KV Mecklenburgische Seenplatte); Jakob Ahrenberg (KV Rostock)